

Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.06.2010

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus

Beginn: 15:45 Uhr

Ende: 18:50 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Brinkmann

Herr Krumhöfner

Herr Langeworth

SPD

Frau Kopp-Herr

abwesend von 18:10 bis
18:50 Uhr

Herr Suchla

Frau Weiffenfeld

Vorsitzende

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hellweg

FDP

Herr Sander

Die Linke

Frau Ilgün

Beratende Mitglieder

Herr Akinci

Herr Kläs

Herr Epp

Frau Häckel

Frau Krause

Frau Quandt

Herr Schneider

abwesend von 17:10 bis
18:50 Uhr

Frau Stillger

Herr Wandersleb

abwesend von 18:00 bis
18:50 Uhr

Herr Wendt

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Herr Adams

abwesend von 18:10 bis
18:50 Uhr

Herr Bauer

abwesend von 18:10 bis
18:50 Uhr

Frau Durmus

Herr Gödde

abwesend von 18:30 bis
18:50 Uhr

Herr Lemhoefer
Herr Potschies
Frau Voigt
Frau Walczak

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler
Frau Grewe
Herr Flachmann

Dezernat 5
Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
(Schriftführer)

Gäste

Herr Schöppner
Frau Stücken-Virnau

TNS Emnid
REGE mbH

Öffentliche Sitzung:

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung als auch die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

Es gibt folgende Änderungen zur Tagesordnung:

1. Vorsitzende Frau Weißenfeld teilt mit, dass der TOP 6 (Datenstrukturatlas) von der Verwaltung zurückgezogen und vertagt wurde.
2. Auf Wunsch einiger Fraktionen soll der TOP 8 (Haushaltssicherungskonzept 2010 - 2014) als 1. Lesung beraten werden.
3. Herr Suchla beantragt, den TOP 11 (Auswertung des Modellprojekts „Integration flexibler Erziehungshilfen in die OGS im Primarbereich“) ebenfalls als 1. Lesung zu beraten.

- Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich einverstanden -

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 6. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.05.2010

Der JHA fasst den

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.05.2010 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Termin nächste Unterausschusssitzung

Herr Epp bittet um Abstimmung eines Termins für eine Unterausschusssitzung. Der Haushalt werde am 02.09.2010 in den Rat eingebracht. Die JHA-Sitzungen für die 1. Lesung und für die Beschlussfassung sind für den 08.09. und 29.09.2010 vorgesehen, so dass zwischen diesen beiden Terminen der Doppelhaushalt und der Doppelstellenplan im Unterausschuss zu beraten ist. Als Termin für die Unterausschusssitzung wird der 22.09.2010 von 15.30 – 17.30 Uhr vereinbart.

Zu Punkt 2.2 Bielefelder Marktplatz

Herr Epp verweist auf die Tischvorlage zum sog. „Bielefelder Marktplatz“ am 29.10.2010.

Frau Kopp-Herr bittet vor diesem Termin um einen Erfahrungsbericht aus anderen Kommunen.

Zu Punkt 2.3 Auszeichnung städtische Kita Gellershagen

Herr Epp teilt mit, dass die städtische Kita Gellershagen bei einem bundesweiten Wettbewerb mit einer Fotoreihe im Rahmen der Aktion „Ich geh zur U und du?“ den 2. Platz belegt hat und dafür mit einem Geldpreis über 2.000 € ausgezeichnet wurde.

Zu Punkt 2.4 Wiedereröffnung Abenteuerspielplatz Baumheide

Herr Wandersleb gibt dem JHA die Einladung zur Wiedereröffnung des Abenteuerspielplatzes Baumheide bekannt.

Zu Punkt 2.5 Bericht des Synodal-Jugendpfarrers 2008-2010

Herr Wandersleb verweist auf seinen ausgehändigten Bericht 2008 – 2010 über die Evangelische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im Kirchenkreis Bielefeld.

Zu Punkt 2.6 Gestaltung und Aufmachung von Druckstücken

Frau Brinkmann nimmt die verteilten Druckstücke zum Anlass, grundsätzlich die Gestaltung und Aufmachung dieser und anderer Druckstücke zu kritisieren. Wegen der hohen Kosten und den Sparvorgaben solle auf Hochglanz, Farbdruck und gebundene Exemplare möglichst verzichtet werden.

Zu Punkt 2.7 Städtische Kita Stettiner Straße als Bewegungskindergarten zertifiziert

Herr Lemhoefer teilt mit, dass die städtische Kita Stettiner Straße mit dem Gütesiegel „Anerkannter Bewegungskindergarten Landessportbund NRW“ zertifiziert wurde.

Zu Punkt 2.8 **NRW Streetbasketball Tour**

Herr Lemhoefer macht auf die Veranstaltung NRW Streetbasketball Tour am 30.06.2010 ab 14 Uhr auf dem Kesselbrink aufmerksam.

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Anfrage der CDU-Fraktion "Wie hat sich die Inanspruchnahme des Kinderrathauses entwickelt und wie stellt sich heute eine Kosten-/Nutzenanalyse für das Kinderrathaus dar?"**

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die schriftlich vorliegende Antwort auf die Anfrage der CDU-Fraktion zur Inanspruchnahme des Kinderrathauses. Da es sich um eine Tischvorlage handelt, schlägt sie vor, Fragen hierzu in die nächste Sitzung einzubringen.

Zu Punkt 3.2 **Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Zukunft der Jugendkulturarbeit nach Kündigung des Untermietvertrages des "Kulturkombinats Kamp"**

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die schriftlich vorliegende Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Kulturkombinat Kamp. Die Angelegenheit sei bereits Tags zuvor im Kulturausschuss beraten worden.

Beigeordneter Herr Kähler ergänzt, dass er mit dem Geschäftsführer des Kulturkombinats bereits einen Termin vereinbart habe, um gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Für Frau Hellweg ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass es gerade für diese Jugendarbeit wichtig sei, „die Tür offen zu halten“.

Zu Punkt 4 **Anträge**

Anträge liegen nicht vor.

Zu Punkt 5 **Familienfreundliches Bielefeld**
Befragung von Familien und Unternehmen
Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1058/2009-2014

Nach einigen einleitenden Worten von Beigeordnetem Herrn Kähler stellt

Herr Schöppner anhand einer Powerpoint-Präsentation die Ergebnisse einer telefonischen Befragung von Bielefelder Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren vor.

Die anschließenden Fragen von Frau Stillger, Frau Kopp-Herr und Frau Walczak zur Einkommenssituation, zur Zuwanderungsgeschichte, zur Finanzierung der Umfrage und zu den Betreuungsformen für unter 3-jährige Kinder werden von Herrn Schöppner und Beigeordnetem Herrn Kähler beantwortet.

Herr Wandersleb weist auf eine in 2009 durchgeführte Elternbefragung an den Offenen Ganztagsgrundschulen hin, deren Ergebnisse mit dieser Umfrage korrespondieren. Zu bemerken sei, dass wenig unterschieden werde zwischen Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe. Insofern regt er an, die Ergebnisse dieser Umfrage auch dem Schulausschuss vorzustellen.

Frau Brinkmann bedankt sich für das umfangreiche und aussagekräftige Werk. Nun gelte es, die entsprechenden Schlüsse aus diesen Ergebnissen zu ziehen.

Frau Stillger hätte es begrüßt, wenn vor der Auftragserteilung zu dieser Umfrage die Zielformulierungen gemeinsam im JHA erarbeitet worden wären.

Herr Lemhoefer findet es bemerkenswert, dass vielen Befragten die Angebote im Freizeitbereich nicht hinreichend bekannt sind.

Herr Epp merkt an, dass die Ergebnisse dieser Umfrage im wesentlichen die Vorschläge und die Handlungsfelder des Konzeptes „Familienfreundliches Bielefeld“ bestätigen.

Im Rahmen einer weiteren Powerpoint-Präsentation erläutert Frau Stücken-Virnau die Ergebnisse der Online-Befragung 2009/2010 der REGE mbH „Familienfreundliche Maßnahmen in Bielefelder Unternehmen“.

Frau Kopp-Herr bedankt sich für beide Präsentationen. Beide Vorträge seien künftig im JHA zu bewerten. Kritisch äußert sie sich zu der Anregung seitens der Unternehmen zur Betreuung erkrankter Kinder. Hier sei das Wohl der Kinder im Auge zu behalten, denn erkrankte Kinder seien am besten in ihrer gewohnten Umgebung aufgehoben.

Vorsitzende Frau Weißenfeld bedankt sich sowohl bei Herrn Schöppner als auch bei Frau Stücken-Virnau für die Vorträge. Sie sieht in den Ergebnissen dieser Umfragen eine Grundlage für Maßnahmen, die künftig im JHA beraten und beschlossen werden.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6

Datenstrukturatlas

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

-.-.-

Zu Punkt 7

Eckpunktebeschluss zur Verlängerung der Leistungsverträge

Vorsitzende Frau Weißenfeld informiert über die Vorberatungen im Unterausschuss.

Frau Brinkmann äußert sich für die CDU-Fraktion positiv zur differenzierten Darstellung der Nr. 7 des Beschlussvorschlages. Die CDU-Fraktion habe bereits in 2008 einen entsprechenden Antrag eingebracht.

Herr Adams bewertet die Vorlage aus Sicht der Wohlfahrtsverbände. Sie sei einerseits positiv zu bewerten, da die Leistungsverträge alle für mindestens 1 Jahr verlängert werden sollen und als Schwerpunkte Armut und Bildung benannt werden. Andererseits lehnt er Nr. 3 der Vorlage ab, wonach das Volumen der Leistungsverträge auf dem Niveau von 2009 eingefroren werden soll. Dies bedeute ein Entzug von Geld und Zuschüssen aus dem System in einem Umfang von ca. 800.000 € bis zum Jahr 2014. Dies könne nicht durch Flexibilität und Umorganisation aufgefangen werden, sondern führe zu einer Einschränkung von Leistungen. Unter finanziellen Gesichtspunkten betrachtet bedeute auch der unter Nr. 5 aufgeführte Systemwechsel in den Bereichen Mobile Soziale Dienste und Sozialpädagogische Familienhilfe eine Leistungskürzung. Die übrigen Punkte seien sehr vage formuliert. Für die Träger sei von Interesse zu erfahren, welche Verträge lediglich um 1 Jahr und welche um 4 Jahre verlängert werden sollen.

Aufgrund der deutlichen finanziellen Auswirkungen kündigt Herr Adams an, der Vorlage nicht zuzustimmen.

Herr Suchla betont, dass die Politik mit diesem Antrag die Wichtigkeit dieses Systems unterstreichen wolle. An der Festschreibung des Gesamtvolumens bis Ende 2014 wolle die Politik festhalten. Zumindest bestehe bis Ende 2011 eine Planungssicherheit für die Träger. Nun gelte es, die Schwerpunktsetzung in den Bereichen Armutsbekämpfung und Förderung der Integration gemeinsam umzusetzen.

Herr Sander schließt sich den Ausführungen von Herrn Suchla an und ergänzt, dass in der Koalition Einigkeit darüber bestehe, die bewährten Strukturen trotz der schwierigen finanziellen Situation erhalten zu wollen.

Herr Bauer begrüßt aus Sicht der Jugendverbände, dass die jetzigen Strukturen erhalten und die Leistungsverträge verlängert werden sollen. Ablehnend äußert er sich zu Nr. 3 der Vorlage. Zu den Auswirkungen verweist er auf die Ausführungen von Herrn Adams. Zu Nr. 4 kritisiert er die unterschiedlichen Verlängerungszeiträume. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit (Nr. 7 der Vorlage) sei in letzter Zeit häufig diskutiert worden. Deshalb hofft er, dass nach diesen Beratungen für längere Zeit Ruhe einkehrt, um kontinuierlich arbeiten zu können.

Frau Walczak schließt sich den Ausführungen von Herrn Adams an. Darüber hinaus gibt sie zu bedenken, dass eine Festschreibung des Volumens nicht bedeute, dass die Leistungen künftig unverändert erhalten bleiben. Sie plädiert dafür, künftig längere Vertragszeiträume für eine rechtzeitige inhaltliche Diskussion zu nutzen. Sie kündigt an, auch wegen der teils schwammigen Formulierungen der Vorlage nicht zuzustimmen.

Herr Suchla kann die Kritik und die Wünsche nachvollziehen. Er macht

jedoch deutlich, dass die Politik den Anspruch habe, die Sparvorgaben zu erfüllen. Sonst drohen Reglementierungen seitens der Aufsichtsbehörde.

Frau Hellweg regt an zu hinterfragen, ob die jetzige Form der Leistungserbringung möglicherweise optimiert werden könnte.

Frau Stillger kann nicht nachvollziehen, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit vor dem Hintergrund der vorliegenden Erkenntnisse mit einem 1-jährigen Leistungsvertrag versehen werden soll und dann nochmals auf dem Prüfstand stehen soll. Schließlich sei diese Thematik in der Vergangenheit permanent verändert und angepasst worden.

Um die Sparvorgaben zu erfüllen, spricht sie sich dafür aus, offen seitens der Politik gezielt bestimmte Streichungen vorzuschlagen, anstatt eine pauschale Kürzung vorzunehmen und damit die Verantwortung den Trägern zu überlassen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld entgegnet, dass die Antragsteller nicht wahllos eine pauschale Kürzung beabsichtigen, sondern sich intensiv damit beschäftigt haben, an welcher Stelle die Einsparvorgaben zu erbringen sind. Wichtig sei, dass trotz des Sparzwanges die Handlungsfähigkeit erhalten bleibe.

Herr Potschies betont, dass die Festschreibung definitiv eine Kürzung bedeute. Er erwarte, dass die Politik zu dieser Aussage stehe. Die Tatsache, dass tarifliche Steigerungen künftig nicht mehr berücksichtigt werden könnten, habe bei den Beschäftigten der Träger dazu geführt, dass sie sich zu Personal 2. Klasse degradiert fühlen.

Beigeordneter Herr Kähler merkt an, dass es bei der Diskussion um den Antrag nicht um das „ob“ gehe, sondern „wie“ gemeinsam damit umzugehen sei.

Anschließend macht er einige grundlegende Aussagen zum gesamtstädtischen Konsolidierungskonzept.

Vorsitzende Frau Weißenfeld lässt nunmehr über den Antrag abstimmen. Dem in der Unterausschusssitzung von Frau Ilgün geäußerten Wunsch folgend, wird über die jeweiligen Punkte des Antrags einzeln abgestimmt.

Die Einzelabstimmung führt zu folgendem Ergebnis:

zu Nr. 1

An dem bewährten System der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen sozialer Arbeit sowie der Kinder- und Jugendarbeit halten wir fest. Sie sollen sich stärker auf die Lebenslagen derjenigen beziehen, deren Armutsrisiko höher und deren Bildungschancen geringer sind.

dafür	15 Stimmen
dagegen	0 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen
- einstimmig beschlossen -	

zu Nr. 2

Dafür wollen wir über die Leistungsverträge hinaus, die Leistungen der Kommune im Sozial-, Jugend- und Bildungsbereich, Aufgabenstellungen

der Arbeitsmarktpolitik, Projektförderungen des Europäischen Sozialfonds, Förderungen von Stiftungen u.a. im Sinne eines umfassenden Konzepts stärker aufeinander beziehen und vernetzen.

dafür	13 Stimmen
dagegen	0 Stimmen
Enthaltungen	2 Stimmen

- einstimmig bei 2 Enthaltungen beschlossen -

zu Nr. 3

Das Volumen der Leistungsverträge wird gemäß Ratsbeschluss vom 15.03.2010 auf der Grundlage des Rechnungsergebnisses 2009 für die Zeit von 2011 bis Ende 2014 festgeschrieben.

dafür	8 Stimmen
dagegen	7 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

- mit Mehrheit beschlossen -

zu Nr. 4

In einem ersten Schritt kann es zu unterschiedlichen Verlängerungszeiträumen der Leistungsverträge kommen.

dafür	9 Stimmen
dagegen	6 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

- mit Mehrheit beschlossen -

zu Nr. 5

Die Bereiche „Mobile Soziale Dienste“ und „Sozialpädagogische Familienhilfe“ sollen künftig über Entgeltvereinbarungen finanziert werden.

dafür	8 Stimmen
dagegen	6 Stimmen
Enthaltungen	1 Stimme

- mit Mehrheit bei 1 Enthaltung beschlossen -

zu Nr. 6

Im Rahmen einer Schwerpunktsetzung in den Bereichen Armutsbekämpfung und Förderung der Integration sollen einzelne Angebote neu ausgerichtet werden.

dafür	9 Stimmen
dagegen	1 Stimme
Enthaltungen	5 Stimmen

- mit Mehrheit bei 5 Enthaltungen beschlossen -

zu Nr. 7

Für die Offene Kinder- und Jugendarbeit sowie für den Bereich der Schulischen Integrationshilfen bzw. Schulsozialarbeit sollen zeitnah (möglichst

bis Ende 2010) gesamtstädtische Konzepte erarbeitet werden, die den aktuellen Entwicklungen Rechnung tragen.

dafür	8 Stimmen
dagegen	0 Stimmen
Enthaltungen	7 Stimmen

- einstimmig bei 7 Enthaltungen beschlossen -

zu Nr. 8

In die weitere Diskussion und Entscheidungsfindung sollen die Vertragspartner in angemessener Weise mit einbezogen werden.

dafür	10 Stimmen
dagegen	0 Stimmen
Enthaltungen	5 Stimmen

- einstimmig bei 5 Enthaltungen beschlossen -

-:-

Zu Punkt 8

Haushaltssicherungskonzept 2010 - 2014
Umsetzung der HSK-Maßnahmen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1140/2009-2014

Vorsitzende Frau Weißenfeld weist darauf hin, dass es sich auf Wunsch einiger Fraktionen um eine 1. Lesung handelt.

Die Nachfragen von Herrn Lemhoefer zu der HSK-Maßnahme Nr. 238 und von Frau Stillger zu der HSK-Maßnahme Nr. 242 werden von Herrn Epp und Herrn Wendt beantwortet.

Herr Epp macht darauf aufmerksam, dass es bei einzelnen Maßnahmen zu einer Verzögerung der Einspareffekte kommen könne, wenn die Maßnahmen im Rahmen des regulären Haushaltsverfahrens entschieden werden, da für einzelne Maßnahmen die Vorlaufzeiten möglicherweise nicht ausreichen. Dann müsste die Einsparsumme für das Jahr 2011 geringfügig verringert werden.

- 1. Lesung -

-:-

Zu Punkt 9

Zuwanderung von Flüchtlingen nach Bielefeld-
Sachstandsinformationen und Handlungsbedarf

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1099/2009-2014

Frau Grewe verweist auf eine fehlerhafte Darstellung der Tabelle 3 auf Seite 5 der Informationsvorlage. Sie händigt eine korrigierte Fassung der Tabelle 3 aus.

Anschließend beantwortet sie die Frage von Frau Häckel zu einer „personifizierten“ Anlauf- und Beratungsstelle sowie zu einer ressourcenorientierten Zusammenarbeit.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10

Mittagsverpflegung in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege - 2. Lesung -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0861/2009-2014

Frau Brinkmann kündigt an, dass ihre Fraktion dem Punkt 4 der Beschlussvorlage nicht zustimmen werde und bittet um eine getrennte Abstimmung. Bei dem von der REGE mbH durchgeführten Projekt handele es sich um eine freiwillige Leistung. Ebenso gut bestehe die Möglichkeit, dass die qualifizierten Erzieherinnen die Kinder zu einer gesundheitsbewussten Ernährung anhalten. Somit würde das Geld für andere soziale Zwecke zur Verfügung stehen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld lässt zunächst über die Punkte 1, 2, 3 und 5 und anschließend über Punkt 4 der Beschlussvorlage abstimmen.

Der JHA fasst folgende

Beschlüsse:

1. Die am 27.06.2008 vom Rat der Stadt beschlossene und bis zum 31.07.2010 befristete Bezuschussung der Mittagsverpflegung für bedürftige Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege nach dem Kinderbildungsgesetz NRW (KiBiz) wird fortgesetzt.
2. Die Mittagsverpflegung wird mit max. 50 €/mtl. bei einem Eigenanteil der Erziehungsberechtigten von 20 €/mtl. bezuschusst. Für die Feststellung der Bedürftigkeit ist jeweils die Einkommensgrenze von 17.500 € jährlich zugrunde zu legen.
3. Die ebenfalls am 27.06.2008 vom Rat beschlossene „Richtlinie für den Zuschuss zur Mittagsverpflegung in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegegruppen und Kindertagespflege“ gilt unverändert fort.
5. Für die Bezuschussung der unter 1 und 4 genannten Maßnahmen und Projekte sind im Haushalt 2010 750.000 € und für den Haushalt 2011 800.000 € zu veranschlagen.

- einstimmig beschlossen -

4. Das von der REGE mbH durchgeführte flankierende Gesundheitsvorsorgeprojekt „Erährungsberatung in Bielefelder Kindertageseinrich-

tungen“ ist weiterzuführen. Die Verwaltung wird beauftragt, hierzu mit der REGE mbH ab dem Jahr 2011 eine entsprechende Vereinbarung zu treffen. Zur Fortführung dieses Angebotes werden Mittel in Höhe des bisherigen kommunalen Anteils aus dem Budget der Mittagsverpflegung (siehe Ziffer 5 der Beschlussvorlage) bereit gestellt.

dafür 7 Stimmen
dagegen 3 Stimmen
Enthaltungen 2 Stimmen
- mit Mehrheit bei 2 Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Auswertung des Modellprojektes "Integration flexibler Erziehungshilfen in die Offene Ganztagschule im Primarbereich"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0947/2009-2014

Herr Potschies erklärt sich in dieser Angelegenheit für befangen und wirkt an der Beratung und an der Abstimmung nicht mit.

Vorsitzende Frau Weißenfeld weist darauf hin, dass dieser TOP auf Wunsch von Herrn Suchla wegen Beratungsbedarf in der Fraktion als 1. Lesung beraten wird.

Herr Wendt führt aus, dass die Zielsetzungen, die mit dem Projekt verbunden waren, alle erreicht werden konnten. Insbesondere weist er darauf hin, dass die Kinder, die in dem Projekt betreut werden, auch in der Offenen Ganztagschule verbleiben können.

Er macht darauf aufmerksam, dass das Projekt nach den Sommerferien nicht weitergeführt werden könne, wenn nicht in dieser Sitzung Nr. 1 der Vorlage beschlossen werde. Die Bezirksvertretung Heepen habe der Vorlage einvernehmlich zugestimmt.

Frau Walczak befürwortet die Vorgehensweise, in heutiger Sitzung bereits über Punkt 1 zu beschließen und über die anderen Punkte noch zu beraten.

Vorsitzende Frau Weißenfeld lässt über Punkt 1 der Beschlussvorlage abstimmen, während die Punkte 2 bis 4 in der Septembersitzung beschlossen werden sollen.

Der JHA fasst folgenden

Beschluss:

1. Das Modellprojekt „Integration flexibler Erziehungshilfen in die Offene Ganztagschule der Wellbachschule“ wird um zwei Jahre verlängert.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12 **Soziale Stadt Sieker - Nutzung der "Alten Gärtnerei", Greifswalder Str 17**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1075/2009-2014

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 13 **Neufassung der Satzung für das Amt für Jugend und Familie - Jugendamt-**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1045/2009-2014

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, die Neufassung der Satzung für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- der Stadt Bielefeld entsprechend der **Anlage 1** dieser Vorlage zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keine Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen zu berichten.
